

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Ausschussvorsitzender Detlef Schön

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt

Ausschussmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied ChristianE Seyffer

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Vertreter Markus Bulla

Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Detlef Stump

Mitglied Gruppe FDP/FW

Vertreter Grundmandat Darwin Reinhard

Grundmandat Dr. Günther Schulte

Es fehlte entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

als Gast

Herr Stefan Becker

Frau Helga Weinstock

Herr Miguel Schaar

Herr Uwe Bettray

Herr Marc Gravemann

Herr Christian Gudz

Herr Rainer Hornig

Herr Jürgen Kath

Herr Andreas Mentzel

Herr Jan Neumann

Herr Oliver Rabe

Herr Hans Weber

Fachbereichsleiter 61

Fachbereich 61 Frank Amerkamp

Fahrradbeauftragter

Vertreter Klaus Schumacher

Protokollführer

Fachbereich 61 Joachim Noack

Radverkehrsbeauftragter

beratendes Mitglied Volker Hasenmüller

Stadtbaurat

Dezernent Niksa Marusic

Fachbereich 61 Birgit Wohler

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 13.09.2022 und 27.09.2022
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 86. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 **317/2022**
-Voslapper Groden-Süd / Westlicher Teilbereich-
Entwurfsbeschluss
- 4.2 Bebauungsplan Nr. 223 - Voslapper Groden-Süd/ehemalige Deponie Neuer **318/2022**
Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss
- 4.3 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Kostenfreie Nutzung ÖPNV für SchülerInnen und **564/2022**
RentnerInnen
- 4.4 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Erstellung Konzept Sanierung Straßen, Rad- und **565/2022**
Fußwege in Siebethsburg
- 4.5 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Radspuren für die Peterstraße **566/2022**
- 4.6 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Sicherheit in den **567/2022**
Fahrradstraßen
- 4.7 Antrag der WIN@WBV-Fraktion: Wiederaufnahme der Vorlage Nr. 178\2017 (Banter **573/2022**
See Nutzungskonzept - 1. Fortschreibung)
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Vorstellung Bankencarree
- 5.2 Projekt Ebertstraße 42-46
- 5.3 Produkt-und Budgetberichte FB 61
- 5.4 Produkt-und Budgetberichte FB 63
- 5.5 Peterstraße 86
- 5.6 Marktstraße West
- 5.7 Jadeallee
- 5.8 Robert-Koch-Haus
- 5.9 Café Süd
- 5.10 Sanierungsbeirat
- 5.11 Ehemalige Minenlagerhäuser
- 6 Öffentliche Anhörungen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr **Schön** informierte, dass der TOP 5.1 auf die nächste Sitzung verschiebt. Die TO wurde einstimmig angenommen.

3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 13.09.2022 und 27.09.2022

Herr **Tönjes** fragte ob die Protokolle fristgerecht eingestellt und die Ausschussmitglieder hierüber informiert wurden.

Herr **Noack** informierte, dass die Protokolle fristgerecht ins RIS eingestellt wurden. Eine explizite Information hierüber an die Ausschussmitglieder sei bisher nicht vorgesehen gewesen.

Herr **Tönjes** bat um getrennte Abstimmung zu den einzelnen Protokollen.

Frau **Mandt** bat um Berichtigung der Anwesenheitsliste der Protokolle sowie Einfügen der Abstimmungsergebnisse.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 13.09.2022 wurde mit Änderungen einstimmig angenommen (6 JA, 2 Enthaltungen).

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 27.09.2022 wurde mit Änderungen einstimmig angenommen (7 JA, 1 Enthaltung).

4 Vorlagen an den Rat

4.1 86. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 317/2022 -Voslapper Groden-Süd / Westlicher Teilbereich- Entwurfsbeschluss

Herr **Marušić** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Brandt** fragte nach dem Ort der Einspeisung.

Herr **Amerkamp** erklärte, dass hierfür noch kein Standort gewählt ist und man beabsichtige mit der vorhandenen Infrastruktur auszukommen.

Herr **Tönjes** fragte nach der Dauer der Auslegung.

Herr **Amerkamp** erläuterte die vorgegebenen Fristen und erklärte, dass diese eingehalten wurde.

Herr **Tönjes** erklärte, dass auch der Samstag als Werktag gilt.

Herr **Amerkamp** erklärte, dass die WE zu den Fristen mitgezählt werden, da auch an diesen Tagen eine Möglichkeit für Einwendungen und Anregungen in digitaler Weise besteht.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 86. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 -Voslapper Groden-Süd / Westlicher Teilbereich- zu und beschließt, diese mit der Begründung vom 07.11.2022 einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

4.2 Bebauungsplan Nr. 223 - Voslapper Groden-Süd/ehemalige Deponie 318/2022
Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss

Herr **Amerkamp** begründete die Notwendigkeit des neuen Aufstellungs- und Entwurfsbeschlusses.

Herr **Tönjes** kritisierte erneut die Auslegungsfristen.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), erneut die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 223 -Voslapper Groden-Süd / ehemalige Deponie-, stimmt dem Entwurf zu und beschließt, diesen mit der Begründung vom 07.11.2022 einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

4.3 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Kostenfreie Nutzung ÖPNV für 564/2022 SchülerInnen und RentnerInnen

Herr **Becker** stellte den Antrag sowie eine entsprechende Änderung hierzu vor.

Frau **Weinstock** erklärte, dass sie es so verstanden habe, dass die Schüler der 10 bis 13. Klasse betroffen sind und sie begrüßt den Antrag. Sie fragte, ob die Regelungen für alle Personen mit Sozialausweis gilt oder nur Rentner.

Herr **Becker** antwortete, dass dies nur Rentner betrifft.

Herr **Tönjes** führte aus, dass hier der richtige Ansatz sei und ob auch Berufsschüler hiervon profitieren. Seiner Meinung nach sei anzustreben, den ÖPNV grundsätzlich kostenfrei angeboten werden auch vor dem Hintergrund des Klimawandels.

Herr **Fischer** antwortete, dass dies vorgesehen sei. Er erläuterte weiter die Intention des Antrages.

Frau **Seyffer** fragte nach dem Sozialpass.

Herr **Fischer** antwortete, dass es diesen noch nicht gibt, eine landes- und bundesweite Ausgabe jedoch geplant ist.

Frau **Stomberg** stellte folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben den Aufwand für die Ausdehnung der kostenfreien ÖPNV-Nutzung auf weitere Personengruppen wie SchülerInnen, RentnerInnen und RentnerInnen mit einem geringen Rentenbezug zu ermitteln. Die Einkommensgrenzen sollen nach Prüfung bestimmt werden. Die Ermittlungen sollten zudem weitere Personengruppen, die ein geringes Einkommen beziehen sowie Menschen, die ein Ehrenamt ausüben und dafür den öffentlichen Nahverkehr nutzen, berücksichtigen.

Die Planungen des Landes für ein 29-Euro-Ticket für SchülerInnen und Azubis sowie das bundesweite 49-Euro-Ticket sollen bei den Planungen berücksichtigt werden.

Herr **Fischer** erklärte, dass für die vorgeschlagene erweiterte oder zusätzliche Prüfung der Berechtigung kein ausreichendes Personal vorhanden ist und die

Prüfung auch nicht erforderlich ist.

Frau **Mandt** schloss sich dem Antrag an.

Herr **Tönjes** verwies auf den hohen Verwaltungsaufwand und schlug vor, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels, die Nutzung des ÖPNV grundsätzlich bis zum 25. Lebensjahr kostenlos zu machen.

Frau **Stomberg** erklärte, dass sie bei Ihrem Antrag bleibe und bat um Zustimmung.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung zum Änderungsantrag von Frau Stomberg:

Der Ausschuss für Planen und Bauen lehnt mit **2 JA-Stimmen bei 5 NEIN-Stimmen und 1 Enthaltung den Antrag mehrheitlich ab.**

Herr **Becker** erläuterte nochmals seinen Antrag mit Änderung.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung zum Änderungsantrag zum Ursprungsantrag:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit **7 JA-Stimmen bei 1 Enthaltung einstimmig den Änderungsantrag zum Ursprungsantrag.**

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Wir stellen den Antrag, dass alle SchülerInnen und RentnerInnen (ev. mit einem Sozialausweis) unserer Stadt kostenfrei unseren ÖPNV nützen können.

Begründung:

Durch die stetig steigende Inflation, Erhöhung der Lebensmittel- und vor allem der Energiepreise sollte die Politik im Zusammenarbeit mit der Verwaltung einen Schulterschluss mit den BürgerInnen unserer Stadt üben und für Entlastungen sorgen.

Gerade SchülerInnen (Familien) und RentnerInnen sind von den Preiserhöhungen stark betroffen und würden von der Befreiung profitieren. Außerdem bieten wir so die Möglichkeit mehr auf Pkw's zu verzichten, die Umwelt zu schonen und den Verkehr zu entlasten.

Herr **Becker** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Er verlas den entsprechenden Änderungsantrag zum Ursprungsantrag und erläuterte diesen.

Frau **Stomberg** stellte folgenden Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Win@WBV:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim zu stellenden Konzept Sanierung Straßen, Rad- und Fußwege in Siebethsburg die Sicherheit der RadfahrerInnen und FußgängerInnen, insbesondere der Schul- und KiTa-Kinder einschließlich ihrer Begleitpersonen in den Focus zu stellen. Ich beantrage:

1.
n geeigneten Straßen wie z.B. der Siebethburger Straße den Radverkehr durch Piktogramme wie in der Weserstraße oder ähnliche geeignete Maßnahmen auf die Straße zu verlegen.

2.
n der gesamten Siebethburger Straße, also auch auf den letzten a. 250 m vor der Kreuzung Bismarckstraße, ein Tempolimit von 30 km/h festzulegen.

3.
en Baumbestand, welche die Radwege durch Wurzelwuchs beeinträchtigen, mehr Platz zu geben wie durch die Maßnahmen unter 1.

Herr **Tönjes** kritisierte, dass hier ein Stadtteil bevorzugt werden soll.

Herr **Brandt** führte aus, dass man hier nicht vorgreifen sollte.

Herr **Fischer** erläuterte nochmals ausführlich den Antrag.

An der weiteren Diskussion (Sanierungsgebiet, Fördermittel) beteiligten sich Herr **Dr. Schulte**, Herr **Schaar**, Herr **Becker**, Frau **Seyffer**, Frau **Stomberg** und Herr **Marušić**.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung zum Änderungsantrag von Frau Stomberg:

Der Ausschuss für Planen und Bauen lehnt mit 1 JA-Stimme bei 5 NEIN-Stimmen und 1 Enthaltung den Antrag mehrheitlich ab.

Herr **Becker** erläuterte nochmals seinen Änderungsantrag.

Herr **Schön** gab den Vorsitz ab an Frau Mandt.

An der darauffolgenden Diskussion über die Sinnhaftigkeit der Einrichtung eines Sanierungsgebietes Siebethsburg beteiligten sich die Ausschussmitglieder Herr **Tönjes**, Frau **Mandt**, Herr **Brandt**, Herr **Schön**, Herr **Becker** sowie Herr **Dr. Schulte**.

Frau **Mandt** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung zum Änderungsantrag zum Ursprungsantrag:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit **4 JA-Stimmen bei 3 NEIN-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich** den Änderungsantrag zum

Ursprungsantrag.

Frau **Mandt** gab den Vorsitz zurück an Herrn Schön.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Wir stellen den Antrag, dass die Stadt Wilhelmshaven ein Konzept zur Sanierung der Straßen, Rad- und Fußwege in Siebethsburg erstellt und nach Fördermitteln sucht. Gleichzeitig soll der Bauverein Rüstringen im gesamten Vorhaben, auch bei der Verkehrslenkung, einbezogen werden.

Begründung:

Alle TBW-Ausschussmitglieder konnten sich selbst von dem hohen Sanierungsbedarf in Siebethsburg ein Bild machen: Holperpisten rütteln Auto- und Radfahrer durch, Baumwurzeln drücken die Pflasterung an den Straßenrändern und der Bürgersteige hoch, Versackungen in der Mitte oder an den Seiten führen zu Pfützenbildungen, an stellenweise zu hohen Bordsteinen ist schon so manche Autotür kaputtgeschlagen worden. Durch Schnee und Eis besteht hier immer ein weiteres, hohes Unfallrisiko.

Im Bereich der Edo-Wiemken-/Ecke Störtebekerstraße zuzüglich der dortigen Nebenstraßen sind die Straßen so schlecht, dass es jederzeit zu Schäden an Menschen und Fahrzeugen kommen könnte. Hier muss sofort gehandelt werden, damit Stolper- und Sturzgefahren, insbesondere für ältere Mitbürger*innen, zügig beseitigt werden. Aber auch der Bereich der Verkehrslenkung (neue Einbahnstraßen) sollte im Konzept neu betrachtet werden.

4.5 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Radspuren für 566/2022 die Peterstraße

Herr **Schaar** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Tönjes** stimmte dem Antrag in großen Teilen zu, verwies aber auf die Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes. Einer temporären Umwidmung würde er zustimmen.

Herr **Fischer** stellte folgenden Änderungsantrag:

Folgende Maßnahme wird als Option in das Radverkehrskonzept aufgenommen und dort in einer Gesamtbetrachtung hinsichtlich der Vorteilhaftigkeit gegenüber alternativen Optionen eingeordnet:

-

ie vierspurige Peterstraße wird durch die Umwidmung von je einer Fahrbahn pro Richtung in einen Radweg (je eine Fahrbahn) umgewandelt.

Herr **Tönjes** stellte den Geschäftsordnungsantrag zur Anhörung des Radverkehrsbeauftragten.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **beschließt mit 8 JA-Stimmen und 1 NEIN-Stimmen und 1 Enthaltung.**

Herr **Hasenmüller** erläuterte die vorgesehenen Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes und erklärte, dass ein Gesamtkonzept zurzeit nicht erforderlich sei und man dieses auch nicht abwarten müssen, um hier einzelne Maßnahmen durchzuführen.

An der darauffolgenden Diskussion bezüglich Radverkehrskonzept sowie Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption beteiligten sich die Ausschussmitglieder Herr **Brandt**, Herr **Becker**, Herr **Tönjes**, Herr **Schaar**, Frau **Stomberg**, Frau **Seyffer**, Herr **Werner** und Herr **Marušić**.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung zum Änderungsantrag zum Ursprungsantrag:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit **5 JA-Stimmen bei 3 NEIN-Stimmen mehrheitlich** den Änderungsantrag zum Ursprungsantrag.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Die vierspurige Peterstraße wird durch die Umwidmung von je einer Fahrbahn pro Richtung in einen Radweg (je eine Fahrbahn) umgewandelt.

Begründung:

Im Folge einer Diskussion der fahrradpolitischen Vertreter*innen, veranstaltet in der Kunsthalle von ADFC und den FrieslandVisionen im Rahmenprogramm der CYCLOPHILIA-Ausstellung, wurde u.a. von

den anwesenden Ratsmitgliedern die Frage der Umwandlung der Peterstraße erörtert. In der Folge wird dieser Antrag gestellt. Er verfolgt das Ziel, in der Peterstraße je Richtung eine Fahrbahn in einen modernen, durch Markierungen abgegrenzten Radweg zu schaffen.

Angestrebt werden mit diesem Antrag der Ausbau und die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur. Attraktive Standards zur Führung des Radverkehrs, etwa Breite und Gestaltung der Radverkehrsanlagen, sind dabei eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich Radfahrende sicher bewegen können, sich im Straßenverkehr wohlfühlen und die Attraktivität dieses Verkehrsmittel steigern. Ziel ist es, dass mehr Menschen mit dem Fahrrad fahren.

Bei Straßen mit zwei Fahrbahnen in beide Richtungen wird die rechte Fahrbahn inklusive einer Pufferzone zum fließenden motorisierten Verkehr vollständig als Radstreifen separiert.

Bei der Konzeption soll der Fahrradbeauftragte der Stadt Wilhelmshaven einbezogen und die folgenden vier Grundprinzipien angewendet werden:

- Verkehrstrennung: Über Markierungen hinausgehende physische Trennung von Fuß-, Rad- und Autoverkehr, die nach Möglichkeit nicht zum Einparken vom Autoverkehr überquert werden muss
- Verzeihende Infrastruktur: Infrastruktur, die Verletzungsrisiken bei Fehlverhalten minimiert, beispielsweise durch Sicherheitsabstände zwischen der Fahrbahn zum Bordstein oder zu Leitbaken oder die Verwendung von Separationselementen aus nachgebenden Materialien
- Vorhersehbarkeit: leicht verständliche und wenig komplexe Verkehrsführung

Das Parken von Kraftfahrzeugen ist dann nicht mehr erlaubt und das Fahren sowohl für den Radverkehr als auch für den motorisierten Verkehr auf jeweils einem Streifen möglich.

4.6 Antrag Ratsherr Schaar und weitere Ratsmitglieder: Sicherheit in 567/2022 den Fahrradstraßen

Herr **Schaar** stellte die Vorlage ausführlich vor.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich Herr **Brandt**, Herr **Hasenmüller** (nach vorhergehenden einstimmigen Beschluss zur Erteilung des Rederechts), Herr **Fischer** (Änderungsantrag: „geeignete Maßnahme“ anstatt „Durchfahrsperr“))

Herr **Brandt** stimmte dem Änderungsantrag zu.

Frau **Seyffer** kritisierte, dass der Änderungsantrag nicht berücksichtigt, dass die

bisherigen auch baulichen Maßnahmen keinerlei Erfolg zeigen.

Herr **Tönjes** kritisierte ebenfalls den Änderungsantrag als ungeeignet.

Herr **Dr. Schulte** stimmte dem zu.

Frau **Stomberg** schloss sich der Kritik an.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung zum Änderungsantrag zum Ursprungsantrag:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit **5 JA-Stimmen bei 3 NEIN-Stimmen mehrheitlich** den Änderungsantrag zum Ursprungsantrag.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Die Fahrradstraße Neuengrodener Weg wird durch eine geeignete Durchfahrtssperre ergänzt, um die Sicherheit des Fahrradverkehrs zu erhöhen und um den Durchgangsverkehr zu unterbinden.

Für die Fahrradstraße Schellingstraße wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die die Sicherheit erhöht und die Zahl von PKW-Durchfahrten deutlich minimiert.

Begründung:

Beobachtungen zeigen, dass trotz eines Durchfahrtsverbotes die beiden Fahrradstraßen als Durchfahrtsstraße von motorisierten Fahrzeugen genutzt werden.

Eine Durchfahrtssperre in der Mitte der Fahrradstraße Neuengrodener Weg, die eine wichtige Zubringerstraße für Schulen ist, soll zu einer langsameren Fahrweise, Verringerung des motorisierten Verkehrs sowie zu mehr Sicherheit und Attraktivität der Fahrradnutzung in Wilhelmshaven beitragen. Die Anliegerzufahrt bleibt weiter möglich. Mit der Gastronomie vor Ort soll Rücksprache gehalten werden.

In der Schellingstraße muss eine andere Lösung für mehr Sicherheit gefunden werden. Beispielsweise bietet sich die Ausweisung als PKW-Einbahnstraße an, um den Durchgangsverkehr zu reduzieren.

Für die Umsetzung in beiden Straßen soll beratend der Fahrradbeauftragte der Stadt in die Planungen einbezogen werden.

Bei einer Diskussion der fahrradpolitischen Vertreter*innen der

Ratsfraktionen- und -gruppen, veranstaltet in der Kunsthalle von ADFC und den FrieslandVisionen im Rahmenprogramm der CYCLOPHILIA-Ausstellung, wurde deutlich der durchfließende PKW-Verkehr in beiden Fahrradstraßen von anwesenden Bürger*innen kritisiert. Die Beobachtung ist nicht neu, dass die Durchfahrtsverbote häufig ignoriert werden und auch die Geschwindigkeitsvorgabe in den Fahrradstraßen missachtet wird.

4.7 Antrag der WIN@WBV-Fraktion: Wiederaufnahme der Vorlage Nr. 573/2022 178\2017 (Banter See Nutzungskonzept - 1. Fortschreibung)

Herr **Fischer** stellte die Vorlage ausführlich vor und bat um Zustimmung.

Herr **Schön** erläuterte die Historie zum gestellten Antrag.

Herr **Schön** bat daraufhin um Zustimmung zur Anhörung von Herrn Gudz, den 1. Vorsitzenden des Freizeit- und Gartenvereins Banter See.

Der Ausschuss für Planen und Bauen stimmte dem einstimmig zu.

Herr **Gudz** erläuterte die Historie der Freizeitgärten und die Notwendigkeit der Erhaltung. Zu dem Nutzungskonzept aus 2020 habe er drei Anmerkungen:

- Die Freizeitgärten werden lediglich als Zwischennutzung geführt. Hier sollte die dauerhafte Nutzung festgeschrieben werden im Sinne der Wilhelmshavener Bürger und Bürgerinnen.
- Die Fläche am südöstlichen Ufer, welche zurzeit auch als Freizeitgärten genutzt wird, ist als Beherbergungs- und gastronomische Nutzung vorgesehen, obwohl in kurzläufiger Entfernung bereits Hotel- und Gastronomiebetriebe in ausreichendem Maße vorhanden sind. Diese Planung kann somit ebenfalls nicht im Sinne der Wilhelmshavener sein.
- Im Bereich des Freizeitbades Klein Wangerooge werden einige Freizeitgärten mit einer Liegewiese überplant. Die Investition in den Bereich Klein Wangerooge wird begrüßt und unterstützt, allerdings sollte hier eine Koexistenz von Liegewiese und Freizeitgärten angestrebt werden.

Er bot entsprechende Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Politik und Verwaltung an und stellte auch eine finanzielle Beteiligung des Vereins bei Änderungen an Flächennutzungsplan oder Änderung/Erstellung von Bebauungsplänen in Aussicht.

Herr **Marušić** begrüßte das Angebot des Vereins, verwies aber darauf, dass die angesprochenen Fragen im Rahmen der Diskussion seitens des Rates noch zu entscheiden sind und daher hier nicht vorgegriffen werden soll.

An der darauffolgenden Diskussion über die zu berücksichtigenden Aspekte beteiligten sich Herr **Becker**, Herr **Dr. Schulte**, Frau **Mandt**, Herr **Tönjes**.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Wiederaufnahme der Vorlage 178\2017 unter Berücksichtigung des Antrags 550/2020 sowie der hierzu eingebrachten Änderungen, des Tourismuskonzepts, der u.a. Bürgerbefragung sowie zwischenzeitlicher weiteren Erkenntnisse/Entwicklungen mit dem Ziel, dem Rat der Stadt Wilhelmshaven ein fortgeschriebenes Konzept zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung:

Auf Grundlage der Vorlage 178\2017 hat der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschlossen, ein „Nutzungskonzept Banter See - Fortschreibung“ erst nach Beschluss eines Tourismuskonzepts zu erstellen/zu beschließen und die Vorlage entsprechend vertagt.

Mit Vorlage 550/2020 beantragte unsere Fraktion (unter dem seinerzeitigen Namen WBV) zusammen mit dem Gruppenpartner CDU die o.a. Vorlage wieder aufzugreifen, da ein entsprechendes Tourismuskonzept durch den Rat am 26. Juni 2019 beschlossen wurde.

Diesen Antrag, ergänzt durch in der Sitzung vorgebrachte konkret vorgeschlagene Änderungen, hat der Rat in seiner Sitzung im Januar 2020 mehrheitlich abgelehnt, diesbezüglich wurde auf die ausstehenden Ergebnisse der Bürgerbefragung sowie des Bürgerbegehrens zum Standort einer möglichen neuen Stadthalle verwiesen, die zunächst wiederum abgewartet werden sollten.

Bekanntlich liegen auch diese Ergebnisse nunmehr schon einige Zeit vor, so dass eine Fortschreibung dementsprechend beraten werden kann.

Unabhängig vom insgesamt zu überarbeitenden Flächennutzungsplan steht vor allem der Bereich „Banter See“ immer wieder im besonderen öffentlichen Interesse. Ein aktuelles Nutzungskonzept, welches die Belange der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt berücksichtigt, eine verlässliche Grundlage für Bestands-/Planungssicherheit vorhandener Nutzungen darstellt, aber auch gewünschte Entwicklungen bzw. Nutzungszwecke klar festlegt, ist daher wesentliche Voraussetzung für weitere Planungen und Entscheidungen.

Dieser Bereich sollte daher von der Überarbeitung des FNP insgesamt, die sich über Jahre hinziehen wird, ausgeklammert werden und vorrangig bearbeitet werden.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung Bankencarree

Dieser TOP wurde auf die nächste Sitzung am 07.12.1022 vertagt.

5.2 Projekt Ebertstraße 42-46

Herr **Kath** stellte sich und die Projekthistorie vor.

Herr **Mentzel** und Herr **Gravemann** stellten daraufhin das Projekt ausführlich vor.

Herr **Kath** erläuterte die Verkaufsabsicht an die Gebrüder Neumann.

Herr **Neumann** stellte sich und sein Unternehmen vor.

Herr **Kath** ergänzte, dass Vermietung, Verpachtung und Verkauf bei seiner Firma verbleibt.

Frau **Mandt** fragte nach dem Sachstand hinsichtlich der Genehmigung des Vorhabens.

Herr **Kath** antwortete, dass alle Unterlagen eingereicht wurden und man nun nur noch auf den entsprechenden Bescheid warte.

Herr **Marušić** ergänzte, dass zu diesem Thema noch im nichtöffentlichen Teil gesprochen wird. Er lobte das Projekt und sicherte die Unterstützung der Stadt Wilhelmshaven zu.

Frau **Weinstock** fragte nach der Höhe des Objektes und der Höhe der zu erwartenden Miete.

Herr **Kath** antwortete, dass 4 Geschosse mit einem Staffelgeschoss vorgesehen sein sowie einer Tiefgarage.

Herr **Neumann** ergänzte, dass die Baukosten derzeit explodieren und auch die Zinsen steigen, so dass hinsichtlich der Miethöhe zurzeit noch keine Aussagen gemacht werden können.

Frau **Weinstock** fragte weiter, ob den ein Verkauf der einzelnen Wohnungen geplant sei.

Herr **Kath** antwortete, dass man sich hierüber zurzeit noch keine Gedanken gemacht habe, ein entsprechendes Konzept noch nicht vorliegt.

An der anschließenden Diskussion hinsichtlich der Firmenstruktur und Firmenmitglieder, der Internetdarstellung, der Stellplatzproblematik sowie

Unterstützung des Projektes und beteiligten sich Frau **Seyffer**, Herr **Kath**, Herr **Schön**, Herr **Fischer**, Frau **Stomberg**, Herr **Marušić**, Herr **Dr. Schulte**, Herr **Werner** und Herr **Schaar**.

Herr **Schön** bedankte sich für die Vorstellung.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

5.3 Produkt-und Budgetberichte FB 61

Herr **Amerkamp** erläuterte ausführlich den Produkt- und Budgetbericht des Fachbereiches 61. Die Ziele sind nicht gefährdet.

Herr **Brandt** fragte nach der bei den einzelnen Produkten vorliegenden Personalsituation.

Herr **Amerkamp** erklärte dies mit den zunehmenden Altersabgängen und entsprechender Fluktuation, wobei man bemüht sei, die freiwerdenden Stellen schnellstmöglich wieder zu besetzen.

Herr **Werner** führte aus, dass man seitens des Ausschusses für Personal hier gerne unterstützend tätig werde und bat um entsprechende Informationen.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

5.4 Produkt-und Budgetberichte FB 63

Herr **Marušić** erläuterte ausführlich den Produkt- und Budgetbericht des Fachbereiches 63. Die Ziele sind nicht gefährdet.

Herr **Schön** fragte, wieso bei einem Produkt „Ziel gefährdet“ steht.

Herr **Marušić** antwortete, dass es sich hierbei um einen Fehler handelt.

An der darauffolgenden Diskussion bezüglich Personallage/Wiederbesetzung von Stellen beteiligten sich Herr **Werner**, Herr **Marusic**, Herr **Amerkamp** und Herr **Stump**.

5.5 Peterstraße 86

Herr **Fischer** fragte nach dem aktuellen Stand hinsichtlich des abgebrannten Gebäudes Peterstraße 86 und ob Informationen über weitere Gebäude dieser Art

bzw. krimineller Nutzungen leerstehender Gebäude vorliegen.

Herr **Marušić** antwortete, dass es eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei gibt. Bezüglich des Objektes Peterstraße 86 sei man dabei, den Eigentümer zu kontaktieren, um auch die vorgelegten Kosten wieder zurückzuerhalten. Dies werde durch das Bauordnungsamt gemacht.

Herr **Stump** fragte, ob es richtig sei, dass eine Abrissverfügung der Stadt Wilhelmshaven für das Objekt bestehe und ob weitere Objekte dieser Art bekannt seien. Er fragte weiter nach dem Objekt Bismarckstraße 123/125.

Herr **Marušić** antwortete, dass man hier zwischen den Objekten Peterstraße und Schillerstraße unterscheiden müsse. In der Schillerstraße habe es bereits zu einem früheren Zeitpunkt einen Brand gegeben, woraufhin umfangreiche Prüfungen durchgeführt wurden. Im Rahmen dieser Prüfungen wurde auch das Teilobjekt Peterstraße überprüft. Bezüglich des Objektes in der Bismarckstraße stehe man in Verbindung mit dem Eigentümer. Eine bautechnische Untersuchung wurde beauftragt, allerdings sei der beauftragte Architekt verstorben und der Auftrag nun von einem anderen Architekten übernommen worden.

Frau **Mandt** führte aus, dass man schon vor einigen Monaten hierüber gesprochen hat und auch der Architekt vor einigen Monaten verstorben ist. Bezüglich der Peterstraße fragte sie, ob es möglich ist, bei GEW zu ermitteln, ob ein vorhandener Energieverbrauch zu dem entsprechenden Gebäude passt, insbesondere bei leerstehenden Gebäuden.

Herr **Marušić** antwortete, dass lediglich ein Teil des Gebäudes leer stand. Nach seiner Kenntnis ist eine derartige Erhebung von Daten bei GEW nicht möglich.

Herr **Becker** fragte, ob eine Sicherung des Grundstückes unter Freigabe der Fahrspuren auf der Peterstraße möglich ist.

Herr **Marušić** bat um Verständnis dafür, dass das nicht möglich ist. Es ist eine Angelegenheit der Gefahrenabwehr, die Gefahr ist zwischenzeitlich beseitigt. Jetzt gehe es um weitere Sachfragen, welche das Bauordnungsamt zu klären hat. Auch hier müsste die Stadt in Vorleistung treten, da bisher der Eigentümer nicht ausfindig gemacht werden konnte. Selbstverständlich ist man bestrebt, den derzeitigen Zustand zu verbessern.

5.6 Marktstraße West

Frau **Weinstock** fragte nach dem Sachstand bezüglich einer Bebauung der freien Grundstücke in der Marktstraße West vor dem Hintergrund, dass eine Planung für den Bau eines Supermarktes vorliegt.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass man mit den Vorhabenträgern in stetem Austausch stehe, allerdings noch Unterlagen fehlen. Sowie diese eingehen werde das Verfahren weitergeführt.

5.7 Jadeallee

Herr **Tönjes** fragte nach dem aktuellen Sachstand bezüglich leeren Grundstückes neben dem B&B in der Jadeallee.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass bisher keine neuen Erkenntnisse hierzu vorliegen.

5.8 Robert-Koch-Haus

Herr **Werner** fragte, ob eine Unterstützung der Eigentümerin des Robert-Koch-Hauses zur Wiederinstandsetzung des Glockenspiels möglich ist. Ein Gutachter hat festgestellt, dass im Rahmen der Sanierung wurde dieses zerlegt, zwischenzeitlich sind einige Teile abhandengekommen, welche zu ersetzen seien. Die Sanierungskosten würden sich auf einen niedrigen vierstelligen Betrag belaufen.

Herr **Schaar** führte aus, dass er sich mit diversen Firmen in Verbindung gesetzt habe, um entsprechende Informationen hinsichtlich der Instandsetzung zu bekommen und diese auch bereits weitergeleitet habe.

5.9 Café Süd

Herr **Schön** führte aus, dass die Schließung des Café Süd bekannt geworden sei, da keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung stünden. Aufgrund der bisherigen hervorragenden Arbeit des Café Süd fragte er, ob es Möglichkeiten zum Weiterbetrieb gibt.

Herr **Marušić** antwortete, dass hierzu ein entsprechender Ratsbeschluss erforderlich ist, was allerdings aufgrund der derzeitigen Haushaltslage schwierig ist.

Frau **Wohler** ergänzte, dass das entsprechende Programm zurzeit nicht weitergeführt wird. Ob es neu aufgelegt wird ist nicht bekannt.

Herr **Becker** fragte, um welche Summen es sich handelt.

Frau **Wohler** antwortete, dass sie diesbezüglich bereits am recherchieren sei, ein Ergebnis aber noch nicht vorliege.

Herr **Becker** führte aus, dass – sofern man die Summen kennen würde – die Möglichkeit bestünde, entsprechende Beträge aus Haushaltsresten oder auch dem Sozialfond zu generieren. Es würde sich durch aus ein Weg zum Weiterbetrieb

finden.

Herr **Brandt** bat darum, die entsprechenden Zahlen als Anhang zum Protokoll zu geben oder anderweitig zur Verfügung zu stellen.

Herr **Schaar** erklärte, dass es bei der letzten diesbezüglichen Beschlussfassung um ESF-Mittel in einer Höhe von etwa 2 Mio. € ging.

5.10 Sanierungsbeirat

Herr **Tönjes** fragte nach dem Sachstand zur Geschäftsordnung des Sanierungsbeirates. Auch eine Einladung, die innerhalb von 6 Wochen eine weitere Sitzung anberaumt, sei bisher nicht eingegangen ebensowenig wie die angeforderten Unterlagen.

Frau **Wohler** antwortete, dass die Geschäftsordnung zurzeit in Arbeit ist und die Einladung kurzfristig erfolgt. Die derzeit gültige Geschäftsordnung kann im Internet nachgelesen werden.

Herr **Tönjes** fragte nach dem Sachstand zur neuen Geschäftsordnung, welche er gerne vorab hätte.

Herr **Marušić** antwortete, dass man dem Antrag von Herrn Tönjes im Rat folge und die neue Geschäftsordnung noch in den entsprechenden Ausschüssen beraten werden muss. Bis zur endgültigen Beschlussfassung wird es daher noch etwas dauern. Der Beirat wird am 13.12.2022 über die neue geschäftsordnung informiert werden.

5.11 Ehemalige Minenlagerhäuser

Herr **Marušić** informierte dahingehend, dass der Bebauungsplan nun rechtskräftig der entsprechende Bauantrag eingegangen ist.

Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

6 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand mangels Nachfrage nicht statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:00 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in